66. Jahrgang. № 491.

Dresdner Nachrichten

Dienstag, 18. Oktober 1921.

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 7,75 M., vierteljährlich 23,25 M.

Anzeigen-Preise. Die einspaltige 37 mm breite Zeile 2,50 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25 %. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 40 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Max Glöss Nachf.
Moritzstraße 18.
Beleuchtungskörper, Elektrische Plätten, Kochtöpfe, Schütte-Lanz-Kochplatten.

Haarausfall
empfiehlt man überall
ECHTEN HARZER GEBIRGS
BRENNESSEL-SPIRITUS
MARKE XYLONAR GES. GESCH.
Flasche 15.00 Mk. nur allein echt bei
Paul Schwarzlose-Dresden-Schloßstr. 15

Konditorei Limberg
Bestellgeschäft Prager Straße 10 Fernruf: 21076
Vorzügl. Gebäck • Bestgepflegte Getränke • Christstollen • Honigkuchen

Vertagung der Entscheidung der Botschafter.

Die englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten.

Paris, 17. Okt. Die Sitzung der Botschafterkonferenz, die heute nachmittag wegen der Inkraftsetzung der Empfehlung des Völkerbundsrates über Oberschlesien stattfinden sollte, wurde vertagt. Sie wird voraussichtlich am Mittwoch stattfinden. Es wurde in der Tat für erforderlich gehalten, eine juristische Prüfung der Frage vorzunehmen und man erwartet die Ankunft des englischen Juristen Making. Lord Hardinge, der an den letzten Sitzungen der Konferenz nicht teilnahm, kehrt morgen nach Paris zurück. (W. T. B.)

Paris, 17. Okt. Ueber die Gründe der zunächst für heute vormittag angesetzten, dann aber auch am Nachmittag vertagten Sitzung der Botschafterkonferenz berichtet das „Journal des Débats", daß die Delegierten von ihren Regierungen noch keine Weisungen über die Art der Anwendung des Schiedsspruches des Völkerbundsrates erhalten haben. In einer offenbar halbamtlichen Auslassung sagt das Blatt, die Meinungsverschiedenheiten zwischen der englischen und der französischen Regierung seien nicht so groß, wie man annehmen könnte, und man glaube in diplomatischen Kreisen, daß die Frage des Verfahrens zu einer Einigung führen werde und daß die Anerkennung des Genfer Beschlusses durch die Botschafterkonferenz in einer der nächsten Sitzungen erzielt werde. Die französische Regierung habe weniger als jede andere daran gedacht, die Notwendigkeit, sowohl die Genfer Festsetzung als auch das wirtschaftliche Abkommen in die Praxis umsetzen zu lassen, zu bestreiten. Wenn die französische Regierung vorgeschlagen habe, zuerst die Genfer Festsetzung zu notifizieren und alsdann Polen und Deutschland aufzufordern, den Entwurf des wirtschaftlichen Abkommens anzunehmen, so habe sie nicht ohne Grund geahnt, daß Deutschland die Tatsache anführen könnte, der Friedensvertrag von Versailles enthalte nichts über die Eventualität eines wirtschaftlichen Abkommens. Anderseits habe die englische Regierung keinen Grund, die Absichten der französischen Regierung zu beargwöhnen und zu glauben, daß sie nicht die Regierung von Warschau veranlassen werde, sowohl die wirtschaftliche Regelung als auch die Grenzlinie anzunehmen.

Auch die Sitzung der Reparationskommission verschoben.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 17. Okt. Die Reparationskommission, die heute zusammentreten sollte, um zu einer Beschlußfassung über das Wiesbadener Abkommen zu gelangen, tagte nicht. Der Zeitpunkt für die nächste offizielle Sitzung ist noch unbekannt.

Ungerechtigkeiten des Uebergebungsplanes

(Eigene Information der „Dresdner Nachr.".)

Berlin, 17. Okt. Die Entscheidung des Völkerbundsrats ist am Sonntag der Interalliierten Kommission in Oppeln durch die Botschafterkonferenz übermittelt worden. Sie wird jedoch erst im Augenblick ihrer Ueberreichung in Berlin und Warschau der oberschlesischen Bevölkerung bekanntgegeben werden. Die an Polen fallenden und bisher von den englischen Truppen besetzten Teile der Kreise Kattowitz, Beuthen, Tarnowitz und Lublinitz werden bereits von den Engländern geräumt und von den Franzosen übernommen, die sie den Polen übergeben werden. Die englischen Grenzabsperrkommandos werden eingezogen. Als Kreiskontrolleur für Beuthen-Land amtiert bereits wieder ein Franzose. Die Uebergabe der an Deutschland und Polen fallenden oberschlesischen Gebiete ist von der Interalliierten Kommission derartig geplant, daß zunächst die Uebergabe an Polen stattfindet. Erst wenn dieses die Besetzung ihres Gebietsteiles durchgeführt hat, dürfen zwei Tage später die Deutschen in Oberschlesien einrücken. General Lerond wird den polnischen Staatschef Pilsudski bei dessen Einzug in Kattowitz persönlich empfangen und ihm die an Polen fallenden Gebiete mit einer längeren Ansprache übergeben. Der Abtransport der interalliierten Truppen aus Warschau ist so geplant, daß zunächst die Engländer und Italiener und dann die Franzosen abbefördert werden.

Eine Verzögerung von einigen Wochen?

London, 17. Okt. Wie das Reuter-Bureau erfährt, kann keine Rede davon sein, die Ententetruppen zurückzuziehen, ehe nicht eine Kommission an Ort und Stelle die neue Grenzlinie festgestellt hat. Dies kann vielleicht eine Verzögerung von einigen Wochen bedeuten. Es wird darauf hingewiesen, daß die wirtschaftlichen Bestimmungen im Interesse beider Parteien getroffen sind und daß es unter den obwaltenden Umständen für unfaßbar gehalten wird, daß die unmittelbar Beteiligten nicht die Bedingungen annehmen und ihr Bestes tun, um sie zu erfüllen. Vom politischen Standpunkt aus gilt die ganze Angelegenheit für beendet, obwohl noch kleine Einzelheiten festzusetzen sind.

Die deutsche Presse im abzutretenden Oberschlesien.

Königshütte, 17. Okt. Der Verband Oberschlesische Presse hat an den Reichskanzler folgendes Telegramm gerichtet: Der in Königshütte am 16. Oktober nahezu vollständig versammelte Verband Oberschlesische Presse bittet den Reichskanzler, mit den geeigneten Mitteln dahin zu wirken, daß die Freiheit der deutschen Presse in den polnisch werdenden Teilen Oberschlesiens durch internationale Abmachungen garantiert wird. (W. T. B.)

Die Demission des Kabinetts Wirth sicher.

Berlin, 17. Okt. Wie die „Voss. Ztg." mitteilt, findet heute beim Reichskanzler eine Besprechung der Führer jener Parteien statt, die die künftige Koalition der Mitte bilden sollen. Man lege dieser Besprechung große Bedeutung bei, weil man von ihr auch eine Klärung darüber, ob Dr. Wirth auch an der Spitze des kommenden Kabinetts bleiben wird oder nicht, erwartet. Daß die Reichsregierung nach der offiziellen Mitteilung der Entscheidung über Oberschlesien ihre Gesamtdemission überreichen wird, stehe fest, da man bei allen Parteien den Wunsch habe, die tatsächlich bestehende Regierungskrise zu lösen. Bevor sie offiziell akut geworden sei, sei zu erwarten, daß man über das künftige Kabinett sich innerhalb der nächsten Tage verständigen werde. Die Partei würde sich heute kaum auf verbindliche Erklärungen festlegen können, ehe sie nicht die Meinung der Fraktionen gehört hätte. Ausschlaggebend dürfte die Fraktionssitzung des Zentrums sein, bei dem der Schlüssel zur Situation liege und von dessen Votum auch die persönliche Stellungnahme Dr. Wirths wesentlich abhängen werde.

Auch das „8-Uhr-Abendblatt" bestätigt, daß das Kabinett Wirth nach dem Eintreffen des Beschlusses der Botschafterkonferenz über Oberschlesien seine Demission geben wird. Man erwartet das Eintreffen dieses Beschlusses für Dienstag. Die Reichstagsfraktionen werden morgen die Beratungen über die innerpolitische Krise wieder aufnehmen. Die Deutsche Volkspartei tritt morgen zu einer Fraktionssitzung zusammen. Am Donnerstag versammeln sich die Fraktionen des Zentrums und der Demokraten. Ferner ist angeregt worden, dem Reichskanzler und dem Reichskabinett vor dem Rücktritt im Reichstag die Gelegenheit zu geben, ihre Innen- und Außenpolitik zu vertreten. Dies könne möglicherweise zu einer Aenderung der Situation der letzten Tage führen.

Frankreich und das Kabinett Wirth.

Paris, 17. Okt. Der „Matin" schreibt über die Lage in Deutschland, daß die Stellung des Reichskanzlers Wirth mehr und mehr erschüttert erscheine. Das Manöver, Dr. Stresemann an die Spitze der Regierung zu bringen, habe jetzt Aussicht auf Erfolg. Es handle sich dabei um persönliches Gezänk. Das Wesentliche der oberschlesischen Frage stehe jedoch nicht im Mittelpunkte; denn auch Dr. Stresemann werde gezwungen, sich zu unterwerfen. Der Gedanke, den Verbündeten gegenüber eine Politik der bedingten Annahme zu betreiben, könne in politischen Versammlungen Erfolg haben, sei aber tatsächlich unhaltbar. Sollte selbst ein ausgesprochen reaktionäres Kabinett ans Ruder kommen, so brauchte man sich darüber keineswegs zu erregen. — Der „Temps" sucht nachzuweisen, daß die Teilung Oberschlesiens die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen nicht unmöglich mache. Deutschland bleibe auch nach der Teilung noch einer der allerstärksten Kohlenproduzenten. Im übrigen habe Deutschland während einer ganzen Reihe von Jahren das freie Verfügungsrecht über die oberschlesischen Bodenschätze. Aus diesem Grunde könne man in dem Berliner Protest nichts anderes sehen als ein Manöver gegen die Erfüllungspolitik, die das Kabinett Wirth seit einigen Monaten durchzuführen bestrebt sei.

Der schwerste Schlag für den Frieden.

London, 16. Okt. „Westminster Gazette" veröffentlicht ein von Edo Fimmen, Hobson, Kenworthy, Longuet, Sir George Paish und Lord Parmoor unterzeichnetes Schreiben, in dem diese als Teilnehmer an der internationalen Wirtschaftskonferenz, die in der letzten Woche hier tagte, versichern, die Völkerbundsentscheidung in der oberschlesischen Frage sei ein neuer, vielleicht der schwerste Schlag für die Aussichten auf den Frieden und die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas. Lloyd George habe im Unterhause am 20. Juli erklärt, daß es einen beträchtlichen Unterschied für die Zahlungsfähigkeit Deutschlands machen würde, wenn das wichtige oberschlesische Kohlengebiet aus Deutschland herausgerissen und Polen ausgehändigt würde. Die Unterzeichner des Schreibens erklären, es sei vollkommen klar, daß der jetzt drohende Verlust die Fortdauer der deutschen Zahlungen in der augenblicklichen Höhe unmöglich mache. Die vorgeschlagene Grenzlinie spreche Polen die gesamten oberschlesischen Zink-, Blei- und Eisenlager zu und annähernd neun Zehntel der oberschlesischen Kohlenerzeugung. Die Aussichten auf Frieden in Oberschlesien selbst, Aufrechterhaltung der Ordnung und einer demokratischen Regierung in Deutschland, der Erfolg der Washingtoner Konferenz und eines durch die Aufnahme Deutschlands gestärkten Völkerbundes scheine zerstört. Der Tag, an dem Deutschland unfähig sein werde, seine Reparationen zu zahlen, sei viel näher gerückt worden.

Zum Schlusse des Schreibens heißt es, niemand werde mit den Vorschlägen des Völkerbundes weniger einverstanden sein, als die oberschlesische Bevölkerung selbst, und zwar weder der deutsche noch der polnische Teil der Bevölkerung. Es würde daher, wenn die Entscheidung angenommen werden sollte, nur recht und billig sein, wenn zugleich eine neue Abstimmung vorgeschlagen würde, durch die die Bevölkerung Oberschlesiens die Möglichkeit erhielte, zu wählen erstens zwischen der Teilung, wie sie jetzt vorgeschlagen wird, zweitens einem ungeteilten deutschen Oberschlesien, drittens einem ungeteilten polnischen Oberschlesien und viertens einem unabhängigen Oberschlesien unter Leitung des Völkerbundes. (W. T. B.)

Endlich der richtige Entschluß!

Die Meldung, daß die Gesamtdemission des Kabinetts Wirth unmittelbar bevorsteht, wird in nationalen Kreisen überall ein Gefühl der Befriedigung hervorrufen. Es wäre wirklich der Gipfel unmännlicher Entschlußlosigkeit gewesen, wenn die bürgerlichen Parteien geduldet hätten, daß derselbe Steuermann, der durch seine falschen Manöver das Staatsschiff in die gefährliche Brandung der Erfüllungspolitik hineingeführt hatte, noch weiter am Ruder geblieben wäre, um seine fragwürdigen Künste in der Handhabung des verwickelten Mechanismus der auswärtigen Politik angesichts der aufs äußerste erschwerten Lage fortzusetzen, in die wir durch die Genfer Entscheidung über Oberschlesien geraten sind. Dazu kam, daß der Reichskanzler Dr. Wirth oft und nachdrücklich in feierlichster Form vor dem Inlande und Auslande erklärt hatte, er stehe und falle mit Oberschlesien und werde eine Teilung des Industriegebiets nie und nimmer mit seinem Namen decken. Man kann geradezu behaupten, daß ein Verbleiben Dr. Wirths im Amte nach derartig bestimmten Kundgebungen den Glauben an die Gültigkeit des Satzes: „Ein Mann ein Wort!" nicht bloß für seine Person, sondern auch für seine Nachfolger zerstört hätte. Auf seiten der Entente hätte man dann selbst zu den schärfsten und stärksten Verlautbarungen deutscher Staatsmänner weder jetzt noch künftig mehr Vertrauen haben können. Der Eindruck, daß alle scheinbar noch so eindeutigen Aeußerungen deutscher leitender Männer bloß taktischen Zweck hätten, daß hinter ihnen niemals der ernste Wille stünde, das Wort zur Tat zu machen, wäre auf seiten der Alliierten unvermeidlich gewesen, und als Folge davon hätten wir uns immer neuen Demütigungen und Zumutungen, immer gröberen Rechtsbrüchen ausgesetzt gesehen. Es war daher die höchste Zeit, daß endlich einmal ein leitender deutscher Staatsmann die vom schwächlichen Halbwollen diktierte Regel: „Hier stehe ich. Ich kann auch anders!" fahren ließ und nach der alten guten Wormser Richtschnur handelte: „Hier stehe ich. Ich kann nicht anders"! Herr Dr. Wirth, dem sonst, von den Sozialdemokraten und seinen engeren Parteifreunden abgesehen, keine Träne nachgeweint werden wird, hat sich auf solche Weise wenigstens einen leidlichen Abgang verschafft.

Sinn und Zweck kann allerdings das Verschwinden des Kabinetts Wirth in der Versenkung nur dann haben, wenn die neue Regierung nun auch wirklich mit aller Energie daran festhält, daß die auswärtige deutsche Politik nicht mehr auf die alte Formel der „Erfüllung des Londoner Ultimatums bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit" eingestellt bleiben kann, sondern daß es jetzt für uns nur noch eine bedingte Erfüllung infolge der schweren wirtschaftlichen Einbuße gibt, die wir durch die Zerreißung des oberschlesischen Industriegebietes erlitten haben. Die erste Handlung des neuen Kabinetts, durch die es dem deutschen Volke seine Existenzwürdigkeit zu beweisen hat, muß daher darin bestehen, daß es offiziell in einer Form, die jeden Zweifel und jedes Mißverständnis ausschließt, der Entente kund und zu wissen tut: „Deutschland ist nach der schweren Mißhandlung, die es in der oberschlesischen Frage erlitten, außerstande, die bisherige Erfüllungspolitik weiter zu führen". Zugleich muß in einer von den ersten finanziellen und wirtschaftlichen Autoritäten verfaßten Denkschrift den Regierungen der Entente klargelegt werden, in welchem Umfange wir durch den in Oberschlesien erlittenen Verlust in unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zurückgedrückt werden, und welches danach das Höchstmaß der Reparationszahlungen ist, das wir noch aufzubringen vermögen. Damit würde dann endlich einmal die unbedingt erforderliche Klarheit zwischen Deutschland und der Entente geschaffen werden und wir würden dem Zweimännerkollegium Briand-Lloyd George, das jetzt mit uns Fangball spielen zu können glaubt, zeigen, was eine Harke ist. Eine entschlossene und unbeugsame Haltung unsererseits auf solcher Grundlage ist um so nötiger, als inzwischen auch die Gründe des zuerst so verblüffend wirkenden Umfalles der Londoner Regierung bekannt geworden sind, aus denen hervorgeht, daß das deutsche Lebensinteresse in Oberschlesien zum Gegenstand eines regelrechten Kuhhandels zwischen Briand und Lloyd George gemacht worden ist. Schon seit längerer Zeit schwirrten Gerüchte umher, wonach England und Frankreich gewillt wären, ihren immer schärfer sich gestaltenden Konkurrenzkampf in der Ostsee, sowie im Osten und Südosten Europas, der in ausgesprochene politische Gegnerschaft auszuarten drohte, durch einen Vergleich zu beenden. Nunmehr scheint das Kompromiß zur Tatsache geworden zu sein. England hat selbstverständlich den fettesten Happen dabei bekommen, nämlich die Herrschaft über die Ostsee und die freie wirtschaftliche Ausbeutung Rußlands, während Frankreich die englischen Hemmungen in Polen, der Tschecho-Slowakei, sowie in den russischen Randstaaten los wird und sich dort fortan frei und ungeniert im Sinne seiner kontinentalen Sonderpolitik betätigen kann, die auf die Abschnürung Deutschlands hinausläuft. Diese Enthüllungen, die aus Riganer Quelle stammen und nach dem gesamten englisch-französischen Verhältnis, wie es sich in letzter Zeit gestaltet hatte, die größte Wahrscheinlichkeit für sich haben, werfen auch ein überraschendes aufklärendes Licht auf einen Umstand, der bei den Verhand-

SLUB
Wir führen Wissen.